

Schwedter Tageblatt

Verständigungsblatt für alle Bekanntmachungen der Städte Schwedt und Bierraden

Stempelpreis Nr. 42.

Das „Schwedter Tageblatt“ erscheint täglich. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung aus der Geschäftsstelle 1,40 M., bei Lieferung durch unsere Boten frei ins Haus 1,50 M. für den Monat. Für Postbezieher Bestellschuld besonders.



Postcheckkonto Berlin 39142.

Anzeigen werden die einpaltige Zeile mit 20 Pf. berechnet. Für Innehaltung der Wiederholungsdaten wird keine Gewähr übernommen. Schluß der Anzeigenannahme 11 Uhr vormittags, größere Anzeigen werden tags vorher erbeten.

Druck und Verlag: Buchdruckerei F. Schulz in Schwedt a. O. Für den Inhalt verantwortlich: F. Schulz in Schwedt a. O.

Nummer 228

Donnerstag, den 27. September 1928

35. Jahrgang

Chronik des Tages.

* In Genf wurde die neunte Tagung der Völkerversammlung geschlossen. Die letzten Beratungen haben nichts Wesentliches mehr erbracht.

* In Friedrichshafen war der „Graf Zeppelin“ zu einer neuen Werkstättenfahrt gestartet und nach mehreren Stunden wieder gelandet.

* Der Kriegsankleibskandal dehnt sich auch jetzt noch weiter aus. In Berlin wurde ein Geschäftsführer Glasel verhaftet.

* Im Lombardbetrugsprozess Bergmann wurden jetzt bekannte Namen genannt, die Bergmanns Geldgeber waren.

* Die englische Presse veröffentlicht sensationelle Enthüllungen über das englisch-französische Abkommen, das sich danach auch auf eine Zustimmung erstreckt.

Genfer Tagung abgeschlossen.

Scharfe Kritik des Grafen Apponyi. — Erfolgreicher Appell an Argentinien. — Die Modellverträge. — Nochmals die Minderheitenfrage.

Genf, 26. September.

Die diesjährige Völkerversammlung des Völkerbundes wurde heute morgen mit einer Ansprache des Bundespräsidenten Zshly abgegeschlossen. Die Delegationen haben größtenteils die Tagungsstadt verlassen und befinden sich auf der Heimreise.

Die letzten Beratungen haben im allgemeinen nichts Wesentliches Neues mehr ergeben. Tiefen Eindruck hat auf die Versammlung die Rede des 84jährigen ungarischen Grafen Apponyi gemacht, der mit offenen Worten eine scharfe Kritik an dem Völkerbunde hielt. Die wahre Ursache für die Unsicherheit, so betonte er, sei die völlige Ungleichheit zwischen den einzelnen Staaten in bezug auf ihren Rüstungsstand. Der Völkerbund drehe sich heute um alle großen politischen Fragen herum. Wenn dies so weiter gehe, müsse man ernstlich an der Zukunft des Völkerbundes zweifeln. Es ist zu bedauern, daß sich diese Rede nicht mehr auswirken konnte, weil die Hauptfragen schon sämtlich erledigt waren. Der rumänische und der tschechische Delegierte gaben ungewöhnlich scharfe Erwidierungen.

Von verschiedenen Delegationen war an Argentinien der Appell gerichtet worden, wieder in den Völkerbund zurückzukehren. Es ist bezeichnend, daß die argentinische Kammer, geradezu als Antwort hierauf, am folgenden Tage aus dem Etat die Völkerbundsbeiträge strich.

Einen breiteren Raum nahm noch die Behandlung des Berichtes über die Vorschläge zur friedlichen Beilegung von internationalen Streitigkeiten ein, wozüber der griechische Delegierte referierte. Man nahm hierbei eine Entschließung an, in der auf die hohe Bedeutung der ausgearbeiteten Modellverträge hingewiesen wurde.

Der holländische Delegierte nahm nochmals die Minderheitenfrage auf und bezeichnete es als wünschenswert, wenn der für die Minderheitenfragen eingesetzte Dreierausschuss häufiger als bisher zusammentrete. Nach Behandlung einiger kleinerer Fragen wurde dann die neunte Bundesversammlung geschlossen.

Pariser Presse zur Bernstorff-Rede.

Neue Heft.

Die Pariser Presse begrüßt einstimmig den Ausgang der Völkerbundsansprache über die Abrüstung, wobei sie dem französischen Vertreter Paul-Boncour Ruhmeskränze windet. Am so kritischer stellt sie sich zu den Ausführungen des Grafen Bernstorff.

Der „Matin“ schreibt: Ist es notwendig, die Deutschen zu überzeugen, daß sie sich zehn Jahre nach dem Kriege nicht zum Richter über die Sicherheit anderer aufzuwerfen und in der Abrüstungsfrage keine Richtlinien zu erteilen haben? Muß man in einer Ansprache, wo das gute Recht so klar auf der Hand liegt, soviel Höflichkeit aufwenden? Die Mächte, von denen man die Abrüstung verlangt, sind allein Richter hierüber.

Das „Echo de Paris“ bezeichnet es als paradox, daß Graf Bernstorff, der kriegerische Botschafter, der sich im Jahre 1916 bemüht habe, die Vereinigten Staaten umzustimmen, jetzt Lehren zur Befriedung der Welt zu erteilen wage.

Amerikas Protest gegen Geheimabkommen.

Die Antwortnote an England und Frankreich wird veröffentlicht.

Wie in amtlichen Kreisen in Washington bekannt ist, soll die Antwortnote der Vereinigten Staaten auf das englisch-französische Flottenabkommen den amerikanischen Botschaftern in Paris und London sofort

übermittelt werden, so daß die Antwort spätestens Ende dieser Woche in Händen der amtlichen Stellen von Paris und London sich befindet. Unmittelbar darauf will Amerika die Note veröffentlichen.

Nach einer Agenturmeldung aus Washington wird die amerikanische Note an Frankreich und England feststellen, daß Amerika keinerlei Geheimabkommen zur Rüstungsbeschränkung mitmachen werde. Frankreich und England mühten sich zur Erörterung sämtlicher kritischen Fragen in aller Öffentlichkeit in Genf bereit erklären. Amerikas Flottenbedürfnisse mühten vorher anerkannt werden. Eine weitere Flottenabdriftungsabstimmung sei überflüssig, falls sie auf der gleichen Grundlage stattfinden sollte wie die letzte.

Sensationelle Enthüllungen über die neue Entente.

Über die neue englisch-französische Entente gibt der Londoner „Daily Telegraph“ jetzt sensationelle Enthüllungen bekannt. Danach hat Frankreich auf einen weiteren Ausbau seiner Flugzeugstützpunkte am Kanal verzichtet und England das Recht eingeräumt, im Kriegsfall gegen Deutschland die Flugstationen an der deutsch-französischen Grenze zu benutzen, auch wenn Frankreich keinen Konflikt mit Deutschland hat. Dafür habe England der Nichtbeziehung der französischen Reserven zugestimmt.

Ferner sei eine so enge englisch-französische Zusammenarbeit vereinbart worden, wie man sie bisher noch nicht verzeichnet habe. Im einzelnen lauteten die Vereinbarungen:

1. Frankreich verzichte auf seine Politik des finanziellen und wirtschaftlichen Ausgleichs mit Sowjetrußland.

2. Großbritannien verpflichte sich, die französische Politik für eine jugoslawisch-bulgarische Annäherung auf dem Balkan im Gegenzug zu seiner letzten anti-panslawischen Einstellung zu unterstützen.

Auch im polnisch-litauischen Streit und in der Wilnafrage werde behauptet, daß der britische Standpunkt nunmehr mit der französisch-polnischen Haltung übereinstimme.

In der Rheinlandsfrage werde die Ansicht vertreten, daß Großbritannien es praktisch Frankreich allein überlassen habe, zu entscheiden, ob eine Rheinlandräumung erfolgen solle oder nicht.

Kompetenzstreit im Pariser Kabinett.

Der neue Luftfahrtminister hat seinen Standpunkt durchgesetzt.

Nach der Ernennung des neuen französischen Luftfahrtministers, Cynac, war es innerhalb des französischen Kabinetts zu Kompetenzstreitigkeiten gekommen, weil das Kriegsministerium wie auch das Marineministerium sich in ihre Luftfahrtangelegenheiten nicht zurückziehen lassen wollten. Der Konflikt, der zu einer Regierungskrise zu führen drohte, wurde nun beigelegt.

Der Luftfahrtminister Cynac hat seinen Standpunkt durchsetzen können, so daß in Zukunft alle Luftkredite für Luftfahrtzwecke im Luftfahrtministerium zusammengefaßt und auch nur von diesem angefordert werden. Das militärische, Marine- und sonstige Luftfahrtpersonal ist dem Luftfahrtminister unterstellt.

Groener über die Reichswehr.

Gleichberechtigung auf dem Rüstungsgebiet.

Nach Abschluß der Hindenburg-Manöver in Schlesien hat Reichswehrminister Groener bedeutungsvolle Ausführungen über die Reichswehr gemacht. Zwei Dinge, so erklärte er, seien vor allem ins Auge gesprungen: unsere Armut an modernen Kampfmitteln, demgegenüber aber ein Reichtum an Kenntnissen, Passion, Intelligenz und Leistungsfähigkeit in allen Teilen des Heeres. Die Reben von der modernsten Armee der Welt seien nur ein geschicktes politisches Kampfmittel unserer ehemaligen Gegner, um sich der Verpflichtung zur Abrüstung zu entziehen. Es sei unsere Pflicht, dauernd und zähe für die Gleichberechtigung Deutschlands auch auf dem Rüstungsgebiete zu kämpfen und wenigstens theoretisch alle Erfindungen der Technik und alle Neuentdeckungen auf dem Gebiete der modernen Kampfmittel zu studieren.

Parade vor dem Reichspräsidenten.

15 000 Mann marschieren vorüber.

Kurz vor zehn Uhr trat der Reichspräsident auf dem Paradeplatz bei Oberjohra ein. Nach der Begrüßung begab er sich auf das Podium, von dem aus er die Parade abnahm. Ihm zur Seite stand der Reichswehrminister Groener und hinter ihm zu Fuß hatte der frühere Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, Aufstellung genommen. Der Reichspräsident hatte die Uniform des

Generalfeldmarschalls angelegt. Überall herrschte tiefer Andrang. Punkt 10 Uhr begann die Parade. Zuerst die Infanterie, Maschinengewehre, Minenwerfer, Pioniere, eine Kraftfahrabteilung, ein Radfahrerbataillon, Nachrichtenabteilungen, Artillerie und schließlich die Kavallerie im leichten Trabe. Gegen 11.30 Uhr war der letzte Mann an dem Generalfeldmarschall vorbeigezogen. Im ganzen hatten etwa 15 000 Mann an der Parade teilgenommen.

Nach Beendigung der Parade begab sich der Reichspräsident über Görlitz nach seinem Manöverquartier, Stiff Soachimstein, zurück. Nachmittags 4.35 Uhr verließ er das Schloß, um kurz nach 5 Uhr die Rückreise nach Berlin anzutreten.

Preussischer Städtetag in Breslau.

Neuregelung des Finanzausgleichs.

Breslau, 27. September.

Im Anschluß an die Jahresversammlung des Deutschen Städtetages fand am Mittwoch die Jahresversammlung des Preussischen Städtetages statt.

Nach einer längeren Aussprache wurde zur Frage des Finanzausgleichs eine Entschlieung angenommen, in der es heißt: „Die Aenderung des derzeitigen Finanzausgleichs unter Berücksichtigung der berechtigten Bedürfnisse auch der Länder und Gemeinden ist nach wie vor dringlichste Forderung. Während das Land Preußen eine starke Entlastung durch Uebernahme der Kosten der Erwerbslosenfürsorge auf das Reich erfahren hat, sind die Gemeinden infolge der äußerst ungünstigen Ausrichtungen der Arbeitslosenversicherung in außerordentlichem Maße neubelastet worden. Die Jahresversammlung des Preussischen Städtetages erachtet es daher als dringend erforderlich, daß die preussische Staatsregierung und der Preussische Landtag die hierzu erforderlichen Folgerungen unverzüglich ziehen. Der Finanzausgleich ist mit der Neuregelung eines einheitlichen Lastenausgleichs zu verbinden.“

Schwere Not lastet über China.

Ungelohnte Soldaten plündern Kalgan.

In Kalgan kam es zu schweren Unruhen. Truppenteile der Armee Yens, die nicht entlohnt worden waren, plünderten Geschäftslöde und Lebensmittelhandlungen. Dabei wurden auch vier japanische Lebensmittelhandlungen geplündert. Im chinesischen Viertel steckte die Bande einige Häuser in Brand. Andere Truppenteile stellten die Ordnung wieder her.

22 chinesische Soldaten wurden auf der Stelle erschossen. Die Ordnung ist wieder hergestellt. Yen hat die Kalkingregierung telegraphisch um Geld gebeten, da für die Truppenteile keine Lebensmittel mehr eingekauft werden könnten. In einem Tage wurden in Kalgan 18 Selbstmorde verübt.

Polnische Rundschau.

Zusammentritt des Reichsrates. Donnerstag nachmittag tritt der Reichsrat zu einer Vollsitzung zusammen.

König Alfons in Paris. König Alfons von Spanien ist von London kommend in Paris eingetroffen.

Früherer Präsident des Gotthaischen Landtages gestorben. Oberbürgermeister i. R. Otto Liebetrau ist in der Nacht zum Mittwoch im 77. Lebensjahr gestorben. Vor dem Kriege war er längere Zeit Präsident des Gotthaischen Landtages.

Zu den Verhandlungen in der Mitteldeutschen Braunkohlenindustrie.

Berlin, 27. September. Die Verhandlungen in der Braunkohlenindustrie sind zu keinem Ergebnis gelangt. Die Arbeitgeber haben das Arbeitszeitabkommen und die Arbeitnehmer den Lohnschiedspruch abgelehnt. Die Arbeitnehmer haben jetzt ebenfalls die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Keine Hinrichtungen mehr in Mecklenburg-Schwerin.

Schwerin, 27. September. Die mecklenburg-schwerinsche Staatsregierung hat beschlossen, in Mecklenburg-Schwerin zukünftig kein Todesurteil mehr vollstrecken zu lassen. Dieser Beschluß, dem eine Aussprache nicht vorangegangen ist, soll auf Anregung des Reichsjustizministers gefaßt worden sein.

Staatsminister z. D. Bauer-Sondershausen mit der Regierungsbildung in Thüringen beauftragt.

Weimar, 26. September. Nachdem der demokratische Unterhändler Professor Dr. Krüger seinen Auftrag an den Präsidenten des thüringischen Landtages zurückgegeben hat, hat der Präsident den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Staatsminister z. D. Bauer-Sondershausen, ersucht, die Funktionen des Unterhändlers für die Regierungsbildung zu übernehmen.